

## **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und führt anschließend zu zwei von der CDU-Ratsfraktion gewünschten Themen aus.

Zunächst stellt sie dar, dass an der Örtlichkeit „Festungspark Kaiser Alexander“ regelmäßige Kontrollen keine Auffälligkeiten ergaben, welche auf ein Problem mit der Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit schließen lassen. Es handle sich lediglich um punktuelle Vorkommnisse, welche keinen Anlass für ein Maßnahmenkonzept ergeben. Bezüglich der geforderten Videoüberwachung führt Frau Bürgermeisterin Mohrs aus, dass dies für den öffentlich Raum mit erheblichen Hürden verbunden ist und es für den vorliegenden Sachverhalt keine Grundlage gibt. Genauso wäre ein temporäres Alkoholkonsumverbot nicht zulässig.

Im Anschluss trägt sie im gleichen Kontext zur Örtlichkeit „Kinderspielplatz Beatusstraße“ vor. Hier wird das subjektive Sicherheitsgefühl durch eine regelmäßige Präsenz des Kommunalen Vollzugsdienstes im Rahmen des Streifendienstes, sowie durch regelmäßige Kontrollfahrten der Polizei gestärkt. Des Weiteren gibt es, betreut durch das Jugendamt, Spielplatzpaten.

Ratsmitglied Schneider lobt die Bestreifung durch den Kommunalen Vollzugsdienst und die Polizei, verweist allerdings auch auf eine Rattenplage auf der Altkarthause. Zudem führt er aus, dass die Schrittgeschwindigkeit in den Morgenstunden in der Löhrrstraße, auch von städtischen Fahrzeugen, nicht immer eingehalten wird. Frau Bürgermeisterin Mohrs sichert daraufhin die Weitergabe der Informationen und den entschiedenen Hinweis auf die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit zu. Darüber hinaus sei eine Verkehrsmessung in der Prüfung.

Ergänzend fragt Ratsmitglied Rünz bei dem anwesenden Polizeidirektor Neureuter nach, ob Erkenntnisse über sogenannte Hotspots im Festungspark oder am Penny-Markt in der Beatusstraße vorliegen. Herr Polizeidirektor Neureuter entgegnet, dass die genannten Örtlichkeiten keine Auffälligkeiten vorweisen und daher auch nicht von der Polizei als Brennpunkt gesehen werden. Vielmehr sind die dortigen Sachverhalte Begleiterscheinungen des urbanen Lebens.

Anschließend führt Herr Polizeidirektor Neureuter zu den Vorfällen bei den Demonstrationen am 26. April 2025 in Koblenz aus. Die CDU-Ratsfraktion möchte insbesondere wissen, ob Erkenntnisse über die Beteiligung von extremistischen Gruppierungen aus Koblenz oder außerhalb vorliegen.

Herr Polizeidirektor Neureuter erläutert, dass es an diesem Tag in ganz Deutschland zu massiven Störungen kam und für Koblenz zwei Demonstrationsanmeldungen vorlagen. Ziel der Polizei war der Schutz und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Durchführung beider Versammlungen. Hierfür waren rund 450 Polizeikräfte im Einsatz. Nach Auskunft von Herrn Polizeidirektor Neureuter gab es im Verlauf zwei nennenswerte Vorfälle bzw. Störungen. Zum einen wurde ein Infostand der AfD am Löhrrondell gestört und zum anderen die Aufzugsstrecke der ersten Anmeldung durch die Gegendemonstration blockiert. Eine klare Zuordnung der Störergruppen an diesem Tag zu einer bestimmten Gruppierung, z.B. der Antifa, ist kaum möglich. Klar ist, dass es sich um Personen handelte, die kritisch gegenüber solchen Gruppen eingestellt sind, die von diesen als rechtsgerichtet wahrgenommen werden. Dieses Spektrum ist aber weit gefasst. Konkrete Hinweise für eine breite Beteiligung der Antifa waren nicht gegeben.

Des Weiteren führt Herr Polizeidirektor Neureuter aus, dass aus Sicht der Polizei der Einsatz erfolgreich verlief. Beide Demonstrationen konnten stattfinden und nahezu alle Täter bzgl. des AfD-Infostandes konnten einer Identitätsfeststellung unterzogen werden. Es handelte sich hierbei um ca. 30 – 40 Personen, wovon zwei in Gewahrsam genommen wurden. Hinsichtlich der Blockade wurde den

Blockierenden ein alternativer Ort zur Demonstration angeboten, welchen leider nicht alle angenommen haben. Die verbliebenen, teils verummten, Personen wurden daraufhin festgesetzt und ebenfalls einer Identitätsfeststellung unterzogen.

Ratsmitglied Geissler entgegnet, dass er nicht von einem erfolgreichen Einsatz sprechen würde, da trotz Polizeipräsenz der Infostand angegriffen wurde. Seiner Meinung nach sei auch eine Zuordnung zur Antifa möglich gewesen, beispielsweise durch die mitgeführten Flaggen. Herr Polizeidirektor Neureuter stimmt zu und führt aus, dass mit dem erfolgreichen Einsatz natürlich nicht der Angriff an sich gemeint war. Die Problematik sei gewesen, dass diese Versammlung weit vor den eigentlichen Demonstrationen abließ und für die Kontrolle der Gruppe von etwa 40, nicht aus Koblenz stammenden, Personen (keine Teilnehmer) zunächst nicht genug Kräfte vor Ort waren. Trotzdem ist es der Polizei gelungen im Nachgang nahezu alle Identitäten festzustellen, was in dieser Größenordnung eine sehr gute Leistung war. Bezüglich der Antifa führt er weiter aus, dass hier die Grenzen sehr fließend sind und eine konkrete Zuordnung im Sachverhalt nicht möglich war.

Frau Bürgermeisterin Mohrs bedankt sich abschließend für die Ausführungen von Herrn Polizeidirektor Neureuter und die gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Ordnungsamt.

Ratsmitglied Altmaier erkundigt sich nach der Anfrage bezüglich der Nutzung von Blaulicht durch den Kommunalen Vollzugsdienst. Herr Schmitt führt aus, dass eine Rückmeldung des LBM noch aussteht.

Darüber hinaus fragt sich Ratsmitglied Altmaier, welche Stelle für die Kontrolle von „Schrott-Immobilien“ beispielsweise in Ehrenbreitstein zuständig ist. Frau Bürgermeisterin Mohrs verweist hinsichtlich des Themas auf den Ausschuss der Bauaufsicht und den entsprechenden Arbeitskreis.

Zu guter Letzt möchte Ratsmitglied Altmaier wissen, ob nach erfolgreicher Einbürgerung weitere Nachkontrollen erfolgen. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass bereits intensive Überprüfungen im Vorfeld stattfinden und eine Nachbereitung nicht vorgesehen ist. Frau Weinowski-Rausch ergänzt, dass bei der Überprüfung vor der Einbürgerung u.a. auch Abfragen beim LKA und dem Verfassungsschutz getätigt werden. Außerdem wird auch die Polizei beteiligt. Wenn keine negativen Erkenntnisse vorliegen und alle Voraussetzungen erfüllt sind, wird eine Person eingebürgert. Bei der Begehung von Straftaten im Nachgang ist ein Widerruf der Einbürgerung nicht möglich.

Ratsmitglied Plato fragt vor dem Hintergrund eines Vorfalles im Lotsenhaus nach Möglichkeiten das Personal besser zu schützen. Frau Bürgermeisterin Mohrs führt aus, dass ein Sicherheitskonzept bereits erarbeitet wird. Frau Weinowski-Rausch ergänzt, dass bereits verschiedene Sicherheitsaspekte umgesetzt wurden, wie z.B. ein Schrällalarm oder die Umsetzung von ehemaligen Vollzugsbediensteten ins Haus. All dies wird nun in einem Konzept zusammengeführt und auch entsprechend dem Fachausschuss vorgestellt.

Als Nächstes fragt Ausschussmitglied Steinhauser an, ob Interesse an einer Vorstellung der Stadttaubenhilfe besteht. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass dies bereits angesprochen wurde und verweist darauf, dies bei Bedarf im nächsten Fachausschuss anzubringen. Eine kurze händische Abfrage ergibt vier Interessierte und 5 Gegenstimmen bei übriger Enthaltung.

Außerdem fragt Ratsmitglied Altmaier nach einer Unterrichtungsvorlage für das Feuerwehrgerätehaus in Horchheim bezüglich der Finanzierungslage und den möglichen Mehrkosten. Frau Bürgermeisterin Mohrs verweist auf den Haupt- und Finanzausschuss, für welchen eine Vorlage bereits in Arbeit sei.

Des Weiteren merkt Ratsmitglied Holl an, dass sie in den Abendstunden in der Nähe des Moselbades Kräfte des Kommunalen Vollzugsdienstes angetroffen hat. Vor diesem Hintergrund erkundigt sie sich, warum diese zu solchen Dienstzeiten nicht den Parkplatz des Ordnungsamtes nutzen können. Herr Schmitt ist von der Schilderung überrascht, da die Mitarbeitenden bekanntlich vor der Tür und in Absprache im Hof parken können. Er nimmt die Ausführungen mit.

Ausschussmitglied Schreyer erkundigt sich nach einer elektronischen Zustellung, da er seine Unterlagen immer noch postalisch erhält. Frau Bürgermeisterin Mohrs sagt eine Prüfung durch die Verwaltung zu.

Zu guter Letzt erkundigt sich Ratsmitglied Meinold zu Erkenntnissen bzgl. der Reichsbürgerszene in Koblenz. Herr Polizeidirektor Neureuter kann hierzu keine Auskunft geben, fragt allerdings bei der Kriminaldirektion nach und gibt mögliche Informationen weiter. Ratsmitglied Rünz gibt an, dass man beide Seiten des Spektrums beleuchten müsse. Frau Bürgermeisterin Mohrs ergänzt, dass es hierzu keine konkreten Informationen gäbe.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs die Sitzung um 16:48 Uhr.